

2187/AB XXI.GP
Eingelangt am: 22.05.2001

Bundesministerium für
Land - und Forstwirtschaft,
Umwelt - und Wasserwirtschaft

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Mag. Maier und Kollegen vom 22. März 2001, Nr.2190/J, betreffend „4 - Augen - Prinzip bei der Lebensmittelsicherheit auf EU - Ebene“, beeh - re ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Es trifft zu, dass die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz für die Kontrolle von Lebensmitteln, Veterinärarzneimitteln und agrarischen Betriebsmitteln federführend zustän - dig ist.

Die Europäische Kommission (EK) entscheidet als Kollegialorgan. Die jeweils federführende Generaldirektion bindet daher alle anderen in ihrem Wirkungsbereich berührten Generaldi - rektionen ein, wozu im gegenständlichen Fall die für die Urproduktion zuständige Generaldi - rektion Landwirtschaft und Fischerei zählt. Auch am Rat Landwirtschaft nimmt bei der Be - handlung solcher Fragen neben Kommissar Fischler Kommissar Byrne teil.

Dieser Grundsatz gilt natürlich auch für alle anderen Politikbereiche soweit der Wirkungsbereich mehrerer Generaldirektionen betroffen ist.

Zu Frage 5:

Im Ministerrat vom 16. Jänner 2001 bestand Übereinstimmung darüber, dass nicht die Verschiebung von Kompetenzen, sondern die Konzentration aller Kräfte ein Maximum an Sicherheit für die Konsumenten im Ernährungsbereich bringen wird und es daher sinnvoll wäre, die Vollzugskompetenzen aus den angesprochenen Bereichen Betriebsmittel, Veterinärwesen und Tiergesundheit in der Agentur für Ernährungssicherheit zusammenzuführen. Hierdurch ergibt sich in logischer Konsequenz, dass sowohl die Veterinär- und Lebensmittelaspekte als auch die Aspekte der Urproduktion ihre adäquate Berücksichtigung finden. Jedenfalls soll durch die Ausgliederung eine rasche, flexible und effiziente Kontrolle gewährleistet werden.

Im Übrigen darf auf § 5 Bundesministeriengesetz 1986 hingewiesen werden, der für den Fall, dass mehrere Ressorts in ihrem Wirkungsbereich berührt werden, das Zusammenwirken der betroffenen Bundesminister regelt.